

Nr. / Sitzung	StA	60.VA	PA	RR
Datum		30.11.2017		
<p>NIEDERSCHRIFT</p> <p>Düsseldorf, den 21. Februar 2018</p>				

Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 11.10 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. Formalien

2. Genehmigung der Niederschrift über die 59. Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.03.2017

3. Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2018 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UAIHa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2018 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UAIHr)

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

4. Landesstraßenbauprogramm 2018 für Maßnahmen des Landesstraßen-ausbauplans (UAIHi)

hier: Berichterstattung

5. Sachstandsberichte zu den Themen:

1. Sanierungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur in der Planungsregion Düsseldorf
2. Regionales Baustellenmanagement
3. LKW-Routing

6. Information der Verwaltung

7. Verschiedenes

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Herr Hans-Hugo Papen (CDU), begrüßt Abteilungsdirektor Happe alle Anwesenden, insbesondere vom Landesbetrieb Straßenbau NRW die Herren Kolitz, Jansen und Münster. Gleichzeitig bedauert der Vorsitzende, dass die Mitarbeiter des Landesbetriebs nicht an Fraktionssitzungen teilnehmen. Gleichzeitig wird angeregt den Wunsch der Fraktionen der CDU und der FDP/FW um Ergänzung der Tagesordnung mit dem Punkt „Sachstandsbericht Luftreinhalteplanung“ in die Sitzung des Planungsausschusses zu schieben.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 59. Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.03.2017

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3 Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2018 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (UAIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2018 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UAIr)

hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 3/ 60 VA bzw. 4/ 71 RR vom 03.11.2017 und die Tischvorlage vom 23.11.2017

Herr Selders (CDU) hinterfragt die lange Dauer der einzelnen Verfahren. Er kritisiert, dass im Programm „UAIa“ in 2018 offenbar nur eine Maßnahme (Anlage 1, Nr. 7) zur baulichen Umsetzung gelange und alle anderen Maßnahmen erst später folgten, teilweise erst ab dem Jahr 2025. Für die CDU-Fraktion sei der Planungsstand bei vielen Maßnahmen nicht zufriedenstellend.

Herr Edelhoff (SPD) schließt sich der Kritik an und möchte konkret erfahren, welche Maßnahmen in 2018 umsetzbar seien. Die erforderlichen Finanzmittel müssten zur Verfügung gestellt werden.

Herr Hildemann (SPD) erkennt in der Vorlage tendenziell eine verbesserte Information für den Verkehrsausschuss, bemängelt aber, dass die vom Regionalrat auf Rang 1 gesetzte Maßnahme in der Umsetzungsreihenfolge des Landesbetriebs erst an fünfter Stelle vorgesehen sei. Er regt an, künftig eine Vorprüfung wie bei Bedarfsplänen dahingehend in Betracht zu ziehen, ob Maßnahmen überhaupt in die Liste aufgenommen werden und dazu dann das Votum der zuständigen politischen Gremien einzuholen. Auch Herr Dr. Grumbach (FDP/FW) spricht sich für eine künftige Vorprüfung aus, um die Sinnhaftigkeit und Umsetzungsmöglichkeit der Projekte besser erfassen zu können.

Herr Jansen (Straßen.NRW) greift die Frage nach den konkret für 2018 zur Umsetzung anstehenden Maßnahmen und nach den vorhandenen Finanzmitteln auf. Es stünden (für den Bereich der Niederlassung Niederrhein) vom Land 1-1,5 Mio € für die Umsetzung zur Verfügung. Momentan sei die Kreuzungsverlegung an der L 384 bei Krefeld noch im Bau und hierfür würden im nächsten Jahr weitere 1 Mio. € benötigt. In 2018 werde auch der Kreisverkehr in Wülfrath in Bau gebracht und somit werde insgesamt eine Bausumme von 1,5 Mio. € erreicht.

Zur Anregung einer Vorprüfung erläutert Herr Jansen, in die Liste würden diejenigen Maßnahmen aufgenommen, die von der Politik oder den Kommunen gewünscht seien. Dann erfolge eine fachliche Bewertung durch Straßen.NRW und der Regionalrat habe die Aufgabe einer Reihenfolgebildung. Es sei nicht Aufgabe des Landesbetriebes Maßnahmen zu streichen. Dieses Recht habe nur die Politik.

Eine konkrete Einschätzung der von den Kommunen angemeldeten Maßnahmen sei erst im Zuge des Planungsprozesses möglich.

Herr Brügge (CDU) erkundigt sich zur Radwegebaumaßnahme auf Rang 1 an der L 142 in Neuss („UAIr“, Anlage 2) nach dem aktuellen Sachstand und bemängelt die lange Verfahrensdauer.

Herr Münster (Straßen.NRW) führt dazu aus, dass die Unterlagen wegen einer Änderung der Entwässerungsplanung erforderlich wurde. Auf Nachfrage von

Frau Patalla (Grüne) weist Herr Jansen ergänzend auf den hohen Personalaufwand für ein Planfeststellungsverfahren hin in Relation zu der Vielzahl von Maßnahmen.

Herr Vollstedt (Verwaltung) führt zu dem Radweg an der L 142 aus, die Verfahrensdauer liege an der Frage, ob das Vorhaben UVP-pflichtig sei oder nicht. Hierzu gebe es einen Dissens zwischen Bezirksregierung und Landesbetrieb. Mit Blick auf die aktuelle Prioritätensetzung bei der Bezirksregierung erläutert Herr Vollstedt die Hierarchie der Verkehrswege. Aktuell höchste Priorität habe das Genehmigungsverfahren für die Rheinbrücke Neuenkamp auf der A 40 in Duisburg. Danach folgten die L 419 in Wuppertal und auch die L 486n in Kevelaer.

Herr Selders (CDU) bittet um Erläuterung der Systematik der zur Verfügung gestellten Anlagen und wer diese erstelle.

Nach Auskunft von Herrn Plück (Verwaltung) werden die Anlagen 1 und 2 von der Bezirksregierung auch basierend auf den Daten des Landesbetriebes aufgestellt und bilden die Grundlage des Beschlusses. Die Anlagen 3 und 4 seien ausführlicher mit weiteren Hintergrundinformationen und in den Anlagen 5 und 6 seien zudem Informationen vom Landesbetrieb zum Planungsstand aufgeführt.

Eine Nachfrage von Frau Arndt (Grüne) zu Anlage 6 beantwortet Herr Plück (Verwaltung) mit redaktionellen Gründen ohne inhaltliche Änderung.

Unter Nennung von zwei Maßnahmen aus dem „UAIIf“-Programm (Nr. 9 und Nr. 16) fragen Herr Dr. Grumbach (FDP/FW) und Frau Patalla (Grüne) nach der Konsistenz der Anlagen. Hierzu erläutert Herr Jansen (Straßen.NRW) den sukzessiven Planungsprozess aus dem sich im Einzelfall veränderte Planungsstände in den Anlagen ergeben können.

Auf Nachfrage von Herrn Selders (CDU) erläutert Herr Jansen (Straßen.NRW), dass in 2018 der Radweg auf Rang 3 (UAIIf, Anlage 2) an der L 8 in Kalkar für Bau und Finanzierung vorgesehen sei.

Zu der Maßnahme auf Rang 17 („UAIIf“, Anlage 1) fragt Herr Grumbach (FDP/FW), warum diese anders als höher priorisierte Maßnahmen einen Planfeststellungsbeschluss habe. Dazu erläutert Herr Münster (Straßen.NRW) die Abschnittsbildung in einen prioritären und diesen (nachrangigen) Teil, die jedoch gemeinsam planfestgestellt worden seien.

Herr Brügge (CDU) fordert die Verwaltung auf, den Schwebezustand bei der Frage der UVP-Pflicht des Radwegs an der L 142 zu beenden. Dies wird von Herrn Abteilungsdirektor Happe (Verwaltung) bis zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zugesagt.

Herr Papen (CDU) merkt an, dass zukünftig auch Vorschläge über die Entfernung eines Projektes aus der Liste gewünscht werden. Abschließend bekräftigt er noch einmal den Wunsch nach Beratung durch den Landesbetrieb in den Fraktionssitzungen.

Hinsichtlich des Wunsches auf Vorprüfung weist Herr Plück (Verwaltung) auf das einheitliche Bewertungssystem und die Darstellung der Planungsstände hin, durch die bereits heute eine Art Vorprüfung dargestellt ist. Die Herausnahme von Maßnahmen müsse jedoch von der Politik bzw. den Kommunen erfolgen, da hiermit auch weiterreichende und von dort zu beurteilende Zukunftsperspektiven verknüpft sein könnten. Die von Herrn Edelhoff (SPD) gewünschte Addition der Beträge für die jeweiligen Beginnjahre wird von Herrn Plück (Verwaltung) zugesagt.

Der Verkehrsausschuss fasst in seiner Sitzung am 30.11.2017 einstimmig – bei zwei Enthaltungen der FDP/FW-Fraktion den – folgenden Beschluss zur Sitzungsvorlage 3/60 VA bzw. 4/71 RR vom 14.12.2017:

Der Regionalrat beschließt die Priorisierung der Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (Anlage 1) und der Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (Anlage 2) für das Jahr 2018.

TOP 4 Landesstraßenbauprogramm 2018 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UAIli)

hier: Berichterstattung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 4/ 60 VA vom 3.11.2017

Herr Selders (CDU) thematisiert die Planfeststellung für die L 486n, Ortsumgehung Winnekendonk, und hofft für 2018 auf den Planfeststellungsbeschluss.

Herr Abteilungsdirektor Happe (Verwaltung) bekräftigt die obersten Prioritäten A 40-Brücke Neuenkamp, L 419 und L 486n.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 5 Sachstandsberichte zu den Themen:

- 1. Sanierungsbedarf der Verkehrsinfrastruktur in der Planungsregion Düsseldorf**
- 2. Regionales Baustellenmanagement**
- 3. LKW-Routing**

Gegenstand der Beratung war die Tischvorlage 5/ 60 VA vom 28.11.2017.

Herr Suika (FW/FDP) bedankt sich für die Ausführungen in der Tischvorlage.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

TOP 6 Information der Verwaltung

Herr Abteilungsleiter Happe schlägt im Einvernehmen mit dem Ausschuss vor, den Sachstand zum RRX und zur Betuwe in schriftlicher Form dem Protokoll beizufügen (*siehe Anlage 1*).

Weiterhin bedankt er sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss und informiert darüber, dass er die Bezirksregierung verlässt und voraussichtlich bereits Anfang 2018 als Abteilungsleiter in das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen wechseln wird.

Herr Papen (CDU) bedankt sich im Namen des Ausschusses ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünscht alles Gute und viel Erfolg für die neue Aufgabe.

Herrn Plück (Verwaltung) trägt vor, dass mit einer Neuauflage des ÖPNV-Bedarfsplans nicht vor 2020 gerechnet werden kann. Zur weitergehenden Information wird auf den Sprechzettel (s. **Anlage 2**) und die Landtagsvorlage 17/258 verwiesen.

Der Verkehrsausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende schießt die Sitzung um 11.10 Uhr.

gez. Papen
(Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

gez. Schiffer
(Mitglied des
Verkehrsausschusses)

gez. Gunkel
(Schriftführerin)

Der Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste –
Verkehrsausschusssitzung am 30.11.2017

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger, Fraktionsgeschäftsführer

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	
Brügge, Dirk (GF)	
Dr. Fils, Alexander	√
Gluch, Waldemar	
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	√
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Brügge, Dirk für Vielhaus,E.	√
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	√
Eicker, Sigrid	√
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	

FDP/FW Fraktion

Name	anwesend
Gerhard, Frank	
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Gulan, Boris	√
Müller, Ulrich G.	
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	
Thiel, Carsten	

Bündnis90DieGrünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Brücher, Bettina	
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Hans-Jürgen	√

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Abteilungsleiter 2 Happe	
Herr Regierungsdirektor Vollstedt	Dezernat 25
Herr Oberregierungsbaurat Plück	Dezernat 25
Frau Regierungsbeschäftigte Kuchenbecker	Dezernat 25
Herr Oberregierungsrat Kießling	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Gunkel	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32

DB-Strecken „ABS 46/2 Grenze D/NL - Emmerich – Oberhausen („Betuwe“-Linie“) und „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“

Aktuelle Sachstandsmitteilung für den VA des Regionalrats

Inhalt

I. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“	2
- PFA 1.1 Oberhausen.....	2
- PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade	3
- PFA 1.3 Dinslaken.....	4
- PFA 1.4 Voerde	5
- PFA 2.1 Friedrichsfeld	6
- PFA 2.2 Wesel.....	6
- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog	7
- PFA 3.1 Rees-Haldern.....	8
- PFA 3.2 Rees	9
- PFA 3.3 Emmerich-Praest.....	10
- PFA 3.4 Emmerich	11
- PFA 3.5 Emmerich-Elten	11
- Ausblick	12
II. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX).....	13
- PFA 1.3 Leverkusen-Rheindorf – Langenfeld-Berghausen	13
- PFA 2.1 Düsseldorf (Reisholz/Wehrhahn).....	14
- PFA 3.0 Düsseldorf (Wehrhahn/Unterrath).....	14
- PFA 4 Mülheim an der Ruhr	15
- PFA 5a Essen.....	15
- Ausblick:	16

I. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“

Hierzu sollen 12 Planfeststellungsverfahren geführt werden. Bei der BR Düsseldorf sind über das Eisenbahnbundesamt (EBA) mittlerweile **alle zwölf** Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren eingegangen:

- PFA 1.1 Oberhausen

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 21.03.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort bearbeitet. Die daraufhin von der DB erstellte Gegenäußerung liegt der BR seit dem 24.06.2013 vor.

Nach Prüfung der Gegenäußerung auf die Erörterungsreife und deren Überarbeitung wurde am 20.11.2013 in Oberhausen der (erste „Betuwe“-) Erörterungstermin durchgeführt. Von den rd. 30 Einwendern haben 13 am Termin teilgenommen. Von den TöB waren 19 Vertreter anwesend. Der Termin konnte in sachlich-konstruktiver Atmosphäre an einem Tag durchgeführt werden. Hauptdiskussionpunkte waren erwartungsgemäß Grundstücksinanspruchnahmen, Lärmbeeinträchtigungen und BÜ-Beseitigung bzw. -ersatz.

Im Nachgang sind von der DB verschiedene Erläuterungen sowie Änderungen/Ergänzungen des Antrags als sogenanntes Deckblatt am 19.10.2014 bei der BR Düsseldorf eingegangen. Nach inhaltlicher Überprüfung der Unterlagen und nach der Beteiligung der jeweils betroffenen Träger der Öffentlichen Belange wurde der erste Betuwe-Anhörungsbericht fertiggestellt und im April 2015 an das EBA versandt.

Seit dem 01.10.2015 liegt nunmehr der Planfeststellungsbeschluss des EBA vor. Hierin enthalten ist eine Einzelfallentscheidung für eine zusätzliche Schallschutzwand von 250 m Länge im Gleisdreieck „Grafenbusch“. Zum Sicherheitskonzept hat das EBA einen Vorbehalt für die Löschwasserversorgung (96 m³/h bei einem Abstand der Entnahmestellen von ca. 300 m); dies wird von der DB gutachterlich auf Einhaltung untersucht. Ferner hat das EBA die Breite von 1,60m der Zuwegungen und Zugangstüren in Schallschutzwänden für diesen Abschnitt bestätigt.

Die Stadt Oberhausen hat gegen den Planfeststellungsbeschluss des EBA fristgerecht Klage eingereicht. Genaue Inhalte der Klageschrift sind

derzeit noch nicht bekannt.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **30** Stück]

- **PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade**

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 10. Verfahren am 12.11.2013 vorgelegt. Die Unterlagen wurden daraufhin auf deren Tauglichkeit für die Offenlage geprüft.

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Oberhausen hat am 03.02.2014 begonnen und endete am 02.03.2014. Die Einwendungsfrist lief am 17.03.2014 ab. Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange ist erfolgt.

Die Abgabe aller Unterlagen an die DB Projektbau zur Erstellung einer Synopse fand am 24.06.2014 statt. Diese liegt seit dem 30.04.2015 bei der BR Düsseldorf vor.

In der Folgezeit wurden auch noch bauplanungsrechtliche Differenzen geprüft. Seitens der DB Projektbau wurde deshalb schon zum damaligen Zeitpunkt ein umfangreiches Deckblattverfahren angekündigt, dessen Bearbeitung insoweit parallel zur weiteren Synopsenbearbeitung stattfand. Deshalb musste die inhaltliche Prüfung und Abstimmung mit den Trägern der Öffentlichen Belange zunächst ruhen, weil die Auswirkungen, die durch die Deckblattänderungen entstehen können, abgewartet werden mussten. Nur auf diesem Wege war garantiert, dass eine vollständige Gegenäußerung zur Vorbereitung des Erörterungstermins erstellt werden konnte.

Als Besonderheit wurde die Möglichkeit geprüft, ein Kompensationsgrundstück im Rahmen der Veränderungssperre befristet für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Zu diesem Thema ist am 06.03.2015 die Vereinbarung über die befristete Nutzung dieses Kompensationsgrundstückes für Flüchtlingsunterbringung, die von der Stadt Oberhausen und der DB Projektbau unterschrieben wurde, bei der BR Düsseldorf eingegangen. Zu dieser befristeten Außerkraftsetzung der geltenden Veränderungssperre wurde die Zustimmung erteilt.

Das angekündigte oben erwähnte Deckblatt ist am 12.02.2016 bei der

Bezirksregierung Düsseldorf eingegangen. Nach Prüfung der Unterlagen fand die Offenlage im Zeitraum vom 23.05.2016 bis 23.06.2016 statt. Die Frist für die Einwendungen endete am 07.07.2016.

Die im Deckblattverfahren eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden nach den Sommerferien 2016 der DB Netz AG im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung übergeben. Die fertig gestellte Synopse liegt seit dem 17.10.2016 bei der BR Düsseldorf vor und wurde zur Vorbereitung eines Erörterungstermins im Jahr 2017 bearbeitet.

Der Erörterungstermin hat am 25.04.2017 in der Luise-Albertz-Halle in Oberhausen stattgefunden. Wie in den meisten anderen PFA wird auch hier ein Deckblattverfahren notwendig, dessen Verlauf abzuwarten bleibt.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **660** Stück)

- **PFA 1.3 Dinslaken**

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind auch hier abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 18.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 30.10.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Der Erörterungstermin hat am 25. und 26. November 2015 in der Kathrin-Türks-Halle stattgefunden. Inhaltlich wurde in teilweise angespannter Stimmung diskutiert, wobei viele Fragen offen blieben. Auch in diesem PFA gab es im Anschluss des Erörterungstermins ein Deckblattverfahren zur Anpassung der Planunterlagen und zu möglichen Lösungen von Streitpunkten. Wegen einer Vielzahl von neuen Betroffenen ist eine erneute Offenlage notwendig.

Die Offenlage der Deckblattunterlagen hat am 24.02.2017 begonnen und lief bis zum 23.03.2017. Die Frist, Einwendungen erheben zu können, endete am 06.04.2017.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **580** Stück]

- PFA 1.4 Voerde

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 05.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 22.09.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Am 18.11. und 19.11.2015 hat der Erörterungstermin in der Kathrin-Türks-Halle in Dinslaken stattgefunden. Am ersten Tag waren insgesamt 150 Personen anwesend, hiervon ca. 120 private Einwender und 30 Vertreter öffentlicher Belange. Am zweiten Tag waren noch ca. 50 Privatpersonen und ca. 20 Vertreter öffentlicher Belange anwesend. Schwerpunktmäßig wurden die Themen Lärm, Lärmschutz, Gestaltung des Bahnhofs Voerde sowie die Schließung des Bahnübergangs Schwanenstraße besprochen.

Der Erörterungstermin ergab, dass Plananpassungen von der Vorhabensträgerin vorzunehmen waren, die als Deckblatt über das EBA im Sommer 2016 bei der BR Düsseldorf vorgelegt wurden. Zeitnah wurden die Unterlagen zu der Frage der Notwendigkeit einer erneuten Offenlage überprüft mit dem Ergebnis, auf eine umfassende Offenlage verzichten zu können.

Es hat ab Oktober 2016 eine sogenannte beschränkte Offenlage, bei der nur die konkret Betroffenen sowie Träger Öffentlicher Belange jeweils gezielt angeschrieben werden, stattgefunden. Für die Betroffenen wurden die kompletten Deckblattunterlagen vor Ort bei der Stadtverwaltung Voerde zur Einsicht bereit gehalten. Die Einwendungsfrist ist am 20.12.2016 abgelaufen. Die 16 Privateinwendungen sowie die Stellungnahmen der betroffenen Träger der Öffentlichen Belange wurden im Januar 2017 der DB Netz AG zur Erstellung der Synopse übergeben. Am 15.03.2017 hat die DB Netz AG die Synopse bei der BR Düsseldorf abgegeben.

Nach Bearbeitung der Synopse wurde im 3. Quartal 2017 mit der Fertigstellung des Abgabeberichtes begonnen.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **890** Stück, zuzüglich **1.300** via Unterschriftsliste]

- PFA 2.1 Friedrichsfeld

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR am 15.08.2013 vorgelegt. Die Offenlage der Antragsunterlagen begann am 22.10.2013 und endete am 21.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 05.12.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 19.02.2015 bei der BR Düsseldorf vor.

Der Erörterungstermin hat am 09. und 10.03.2016 in der Schützenhalle Ullrichstrasse in Wesel stattgefunden. Am ersten Tag waren ca. 100 private Einwender und 30 Vertreter der Öffentlichen Belange erschienen. Am 10.03.2016 konnte der Termin vor ca. 30 privaten Einwendern und 10 Vertretern der Öffentlichen Belange beendet werden. Schwerpunkte waren der Lärmschutz, das Sicherheitskonzept sowie die Gestaltung des Bahnhofsbereiches. Hierbei ging es vor allem um die Lärmschutzwände und um den Zugang mit Rampen und Aufzügen. Der gesamte Termin fand in sachlicher und diskussionsfreudiger Atmosphäre statt. Wegen einiger Planänderungen wird auch in diesem Planfeststellungsabschnitt ein sogenanntes Deckblatt erstellt werden, so dass der Fortgang des Verfahrens abzuwarten bleibt.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **404** Stück]

- PFA 2.2 Wesel

Der Planfeststellungsantrag wurde am 05.09.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Wesel begann am 04.11.2013 und endete am 03.12.2013. Die Einwendungsfrist war am 17.12.2013 beendet.

40% der privaten Einwendungen sind der DB Projektbau am 14./15.10.2014 zur Bearbeitung der Synopse übergeben worden. Die restlichen Unterlagen wurden komplett vom 09.-11.03.2015 der DB Projektbau zur Bearbeitung der Synopse übergeben.

Die Gegenäußerung der DB Netz AG liegt seit dem 30.03.2016 bei der

Bezirksregierung Düsseldorf vor. Wegen der hohen Zahl von privaten Einwendungen hat die Vorbereitung des folgenden Erörterungstermins eine längere Zeit in Anspruch genommen.

Nach Überprüfung der gesamten Aktenlage wurde der Erörterungstermin für den Zeitraum vom 12.12. bis 15.12. 2016 in der Niederrheinhalle in Wesel terminiert.

Ab dem 12.12. 2016 hat in der Niederrheinhalle in Wesel der Erörterungstermin begonnen. Am ersten Tag haben ca. 180 private Einwender und 20 TÖB-Vertreter teilgenommen, am zweiten Tag 130 Privateinwender und 8 TÖB-Vertreter, am dritten Tag 80 Privatpersonen und wieder 8 TÖB-Vertreter sowie am vierten Tag 50 Privateinwender und 8 TÖB-Vertreter. An allen vier Tagen wurden die Themen der Tagesordnung lebhaft und kontrovers diskutiert, die Atmosphäre blieb aber überwiegend sachlich. Der Erörterungstermin wurde am 15.12.2017 um 17:30 Uhr unterbrochen, weil die Tagesordnung nicht abschließend bearbeitet werden konnte.

Ab dem 21.03.2017 wurde der Termin wieder in der Niederrheinhalle in Wesel fortgesetzt und beendet. Auch in diesem Verfahren wird ein Deckblattverfahren notwendig.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **2350** Stück]

- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Hamminkeln begann am 11.03.2013 und endete am 10.04.2013. Die sich anschließende zweiwöchige Einwendungsfrist endete am 24.04.2013. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übersandt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 12.12.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Der Erörterungstermin hat ab dem 13.04.2016 im Bürgerhaus Hamminkeln stattgefunden. Am ersten Tag waren ca. 180 private Einwender sowie 20 Vertreter von Trägern Öffentlicher Belange erschienen. Auch an den beiden folgenden Verhandlungstagen kamen jeweils ca. 100 Privateinwender und 10 Vertreter der Träger Öffentlicher

Belange. An allen drei Tagen wurde sehr detailliert vor allem über den Lärmschutz und die Erschütterungsproblematik diskutiert. Die von der Stadt Hamminkeln sowie einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern geforderte Troglage der Gleise im Bahnhofsbereich Mehrhoog stand dabei streitig im Mittelpunkt. An allen Tagen wurden die angesprochenen Themen sachlich besprochen. Da nicht alle Tagesordnungspunkte abgehandelt werden konnten, wurde der Erörterungstermin am 14. und 15. 06. 2016 im Bürgerhaus Hamminkeln weitergeführt. In sachlicher Atmosphäre konnten die noch offenen Punkte der Tagesordnung behandelt und der Anhörungstermin abgeschlossen werden. Der Erörterungstermin hat ergeben, dass sich ein Deckblattverfahren mit dem Ziel der Plananpassung anschließen wird.

Neu:

Das Deckblatt wurde von der DB Netz AG im Oktober 2017 bei der BR Düsseldorf eingereicht und wird derzeit bearbeitet.

[Einwendungen: **919** Stück]

- **PFA 3.1 Rees-Haldern**

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 23.02.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Diese Gegenäußerung liegt der BR seit dem 14.11.2013 vor und ist Grundlage für weitere durch die BR durchzuführende Abstimmungen sowie für den sich anschließenden Erörterungstermin.

Der Erörterungstermin hat am 11.06.2014 im Bürgerhaus der Stadt Rees stattgefunden. Der Termin konnte in Anwesenheit von ca. 85 Personen, davon 60 private Einwender, an einem Tag durchgeführt werden. Es herrschte dabei eine sachliche Atmosphäre, so dass es gelang, die themenorientierte Tagesordnung umfassend zu erörtern.

Die sich anschließende Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange ergab, dass noch Anpassungen in Form eines Deckblattverfahrens vorgenommen werden mussten.

Am 12. November 2015 ist das angekündigte Deckblatt bei der BR Düsseldorf eingegangen. Bevor mit der Fertigung des Anhörungsbericht begonnen werden konnte, wurde bezüglich der Änderungen die Abstimmung mit den Trägern der Öffentlichen Belange und einzelner privater Betroffenen durchgeführt.

Die Stellungnahmen der ca. 30 privaten Einwender und der betroffenen Träger der Öffentlichen Belange wurden ausgewertet und der DB Netz AG zeitnah zur Stellungnahme übersandt. Im Anschluß an die Auswertung wurde der Anhörungsbericht endgültig bearbeitet.

Der Anhörungsbericht wurde mit Datum 06.01.2017 fertiggestellt und an das EBA versandt. Damit ist der Planfeststellungsantrag 3.1 bei der BR Düsseldorf abgeschlossen, die Fertigstellung des Planfeststellungsbeschlusses bleibt abzuwarten.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **260** Stück]

- PFA 3.2 Rees

Der Planfeststellungsantrag wurde als siebtes Verfahren am 14.06.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Rees begann am 07.10.2013 und endete am 06.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 20.11.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau ist bei der BR Düsseldorf am 24.06.2015 eingegangen.

Am 24.10.2016 startete in Rees im Bürgerhaus der Erörterungstermin, zu dem 90 der ca. 1.400 Privateinwender sowie 10 Vertreter Öffentlicher Belange erschienen. Am 25.10.2016 waren ca. 40 Privateinwender und 5 TÖB-Vertreter anwesend. Am Nachmittag konnte der Erörterungstermin abgeschlossen werden. Insgesamt standen die Themen Lärmschutz und Schließung der Bahnübergänge in Empel und Millingen im Vordergrund. Trotz teilweise starker Betroffenheit konnten alle Themen in sachlicher Atmosphäre behandelt werden. Wegen einiger notwendiger Änderungen in der Planung wird sich ein sog. Deckblattverfahren anschließen.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **1404** Stück]

- PFA 3.3 Emmerich-Praest

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 02.05.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt der BR Düsseldorf seit dem 15.07.2014 vor.

Am 04.03.2015 hat der Erörterungstermin in der Schützenhalle Kapaunenberg in Emmerich stattgefunden. Es haben neben den Vertretern der BR und der Antragstellerin ca. 20 Vertreter von Trägern öffentlicher Belange sowie ca. 80 private Einwender teilgenommen. Der Termin konnte in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre am Ende des ersten Tages abgeschlossen werden. Hauptschwerpunkte waren die Lärmbelästigungen, das Sicherheitskonzept und die Eisenbahnkreuzungen. Die Verhandlung hat ergeben, dass Korrekturen im Rahmen eines Deckblattverfahrens notwendig werden.

Medieninteresse war nicht festzustellen.

Das Deckblatt zur Änderung der Planunterlagen wurde über das EBA vorgelegt und wurde zeitnah geprüft.

Die Offenlage des Deckblattes hat am 07.11.2016 begonnen und dauerte bis zum 06.12.2016. Die sich anschließende Einwendungsfrist endete am 20.12.2016.

Es haben 10 Privateinwender zu den Deckblattänderungen Stellung genommen. Diese und die Stellungnahmen der betroffenen Träger Öffentlicher Belange sind der DB Netz AG zur Erstellung der Synopse übergeben worden.

Die Synopse ist im Mai 2017 bei der BR Düsseldorf eingegangen.

Die Bearbeitung der Synopse wurde im September 2017 beendet. Derzeit wird der Abgabebericht bearbeitet.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen **780** Stück]

- **PFA 3.4 Emmerich**

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 11. Verfahren am 18.02.2014 vorgelegt. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Tauglichkeit zur Offenlage wurde diese vom 14.05.2014 bis zum 13.06.2014 durchgeführt, die Einwendungsfrist für private Einwendungen endete am 27.06.2014.

Die eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im Zeitraum vom 20. – 22. 07.2015 übergeben.

Die Synopse wurde von der DB Netz AG bearbeitet und am 18.08.2016 der BR Düsseldorf übergeben. In der Folgezeit wurde der Gesamtvorgang bearbeitet und ein Erörterungstermin für das Jahr 2017 vorbereitet.

Der Erörterungstermin hat ab dem 20.06.2017 im Schützenhaus Kapauenberg in Emmerich stattgefunden und wurde am 21.06.2017 beendet. Auch in diesem Verfahren wird ein Deckblatt erstellt.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **900** Stück)

- **PFA 3.5 Emmerich-Elten**

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf am 04.06.2014 als letzter Antrag vorgelegt. Nach Vornahme der Unterlagenprüfung wurde die Offenlage kurzfristig vorbereitet und hat in der Zeit vom 27.10.2014 bis zum 26.11.2014 stattgefunden. Die Frist für private Einwendungen endete am 10.12.2014. Wegen der Grenznähe zu den Niederlanden musste in diesem einen PFA zeitgleich eine Offenlage in den Niederlanden erfolgen.

Die Ende des Jahres 2014 abgeschlossene Offenlage hat ergeben, dass ca. 900 private Einwendungen geltend gemacht worden sind. Aus den Niederlanden sind weder private Einwendungen noch Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen.

Nach eingehender Bearbeitung wurden die eingegangenen Stellung-

nahmen und privaten Einwendungen der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im September 2015 übergeben.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **870** Stück)

- **Ausblick**

Für alle zwölf PFAe hat die jeweilige Offenlage stattgefunden.

Nachdem im Jahr 2017 der 10. und 11. Erörterungstermin für die PFA 1.2 Oberhausen und 3.4 Emmerich stattgefunden haben, sind elf Erörterungstermine bislang durchgeführt, so dass lediglich der letzte von 12 Planfeststellungsabschnitten in Emmerich Elten (3.5) noch aussteht. Somit stehen aktuell nicht mehr die Vielzahl von Erörterungsterminen im Vordergrund, sondern der Schwerpunkt der Bearbeitung bei der BR Düsseldorf stellt die häufige, teilweise gleichzeitige Fertigstellung von umfangreichen Abgabeberichten dar. Zusätzlich ist die Aktualisierung des Sicherheitskonzeptes in allen Abschnitten noch zu bearbeiten, sobald die Deckblätter hierzu eingehen.

Nach Abschluss der jeweiligen Anhörungsverfahren wird das EBA als Planfeststellungsbehörde die endgültigen Beschlüsse fertigen.

II. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX)

In diesem Großprojekt sollen insgesamt 13 Planfeststellungsverfahren geführt werden, davon fallen 8 Verfahren in die Zuständigkeit der BR Düsseldorf. Bei der BR liegen derzeit die folgenden vier Verfahren vor:

- PFA 1.3 Leverkusen/Rheindorf/Langenfeld/Berghausen

Der Antrag wurde ab dem 23.04. bis zum 22.05.2012 in der Stadt Langenfeld ausgelegt. Die Einwendungsfrist endete am 05.06.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet. Die Gegenäußerung wurde der BR von der DB vorgelegt und zwischenzeitlich auf die Geeignetheit zur Durchführung eines Erörterungstermins geprüft.

Der eintägige Erörterungstermin mit etwa 80 Teilnehmern fand am 22.01.2014 statt und verlief sachlich, in einzelnen Streitpunkten konnte eine Lösung gefunden werden. Der Termin ergab aber auch, dass Planänderungen im Rahmen eines Deckblattverfahrens durchzuführen waren.

Im April 2015 ging das Deckblatt bei der Bezirksregierung ein. Wegen der möglichen Betroffenheiten vor allem bei geänderten Lärmschutzbereichen war eine Offenlage der neuen Unterlagen in Langenfeld notwendig, die vom 11.05. – 10.06.2015 im Rathaus der Stadt Langenfeld stattfand. Die 14-tägige Einwendungsfrist endete am 24.06.2015.

Ca. 25 neue auf die Deckblattänderungen bezogene private Einwendungen wurden fristgerecht erhoben. Der Erörterungstermin für das Deckblattverfahren fand am 16. Dezember 2015 bei geringer Anwesenheit von privaten Einwendern (7) und Vertretern der Träger Öffentlicher Belange (4) in der Stadthalle Langenfeld statt. Der Termin konnte sachlich und thematisch konzentriert am Mittag beendet werden.

Nach der Auswertung des Wortprotokolls im 1. Quartal 2016 wurde der abschließende Anhörungsbericht seitens der BR Düsseldorf erarbeitet und im November 2016 an das EBA versandt. Der einzige größere Dissens ist in der geplanten Trassierung einer Open-Grid-Gasleitung festzustellen, deren Linienführung wegen der vorhandenen räumliche Begrenzung technisch schwierig erscheint.

Am Ende des 1. Quartals 2017 ist vor allem wegen der Trassierung der Open-Grid-Leitung ein weiteres Deckblatt vom EBA an die BR Düsseldorf übersandt worden. Wegen der geringen Anzahl von Betroffenheiten

konnte auf eine Offenlage der Deckblattunterlagen verzichtet werden. Ab August 2017 hat die sogenannte beschränkte Offenlage, bei der alle vom Deckblatt neu Betroffenen gezielt angehört werden, stattgefunden.

Neu:

Ende Oktober 2017 wurde von der Antragstellerin die Synopse zu diesem 2. Deckblatt bei der BR Düsseldorf eingereicht. Nach der Entscheidung, auf einen weiteren Erörterungstermin zu verzichten, wird derzeit der Abgabebericht bearbeitet.

(Einwendungen: **69** im Hauptverfahren, **29** im 1. Deckblattverfahren, 6 im 2. Deckblattverfahren)

- **PFA 2.1 Düsseldorf (Reisholz/Wehrhahn)**

Im März 2017 sind die Antragsunterlagen bei der BR Düsseldorf eingegangen. Nach kurzfristiger Überprüfung und Vorbereitung der Offenlage hat diese vom 12.06.2017 bis zum 11.07.2017 stattgefunden. Die Frist für die Einwendung der privaten Betroffenen endete am 24.07.2017.

Die ca. 2150 privaten Einwendungen und Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurden zeitnah bearbeitet.

Neu:

Die Übergabe der Unterlagen an die DB Netz AG zur Erstellung der Synopse hat im Oktober 2017 stattgefunden.

(Einwendungen: 2.150)

- **PFA 3.0 Düsseldorf (Wehrhahn/Unterrath)**

Die Planfeststellungsunterlagen sind bei der BR Düsseldorf eingegangen. Die Offenlage der Unterlagen hat im Zeitraum vom 07.11.2016 bis 06.12.2016 stattgefunden. Die sich anschließende Einwendungsfrist endete am 20.12.2016.

Es hat 75 Private Einwendungen gegeben. Diese und die Stellungnahmen der Träger Öffentlicher Belange wurden im Februar 2017 der DB Netz AG zur Erstellung der Synopse übergeben.

Die fertige Synopse ist von der DB Netz AG Ende August 2017 an die BR Düsseldorf übergeben worden.

Neu:

Nach zügiger Bearbeitung wird der Erörterungstermin am 19. Und 20.

Dezember 2017 im Haus der Jugend in Düsseldorf durchgeführt.

(Einwendungen: 75)

- **PFA 4 Mülheim an der Ruhr**

Das EBA hat aufgrund der geringfügigen Änderungsmaßnahmen entschieden, für diesen Abschnitt ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. In diesem Verfahren wurde die BR am 07.05.2013 (Eingang) als TÖB beteiligt und um Stellungnahme gebeten. Insofern wird dieser PFA redaktionell aufgeführt, zählt aber nicht zu den bei der BR Düsseldorf anhängigen PFA.

Nach Beteiligung der Fachdezernate wurde die Stellungnahme der BR an das EBA gesandt. Am 31.10.2013 hat das EBA die Plangenehmigung erlassen.

(kein geänderter Sachstand)

- **PFA 5a Essen**

Der Planfeststellungsantrag 5a ist am 12.03.2014 bei der BR Düsseldorf vorgelegt worden. Die Durchsicht und Überprüfung der Unterlagen zur Vorbereitung einer späteren Offenlage wurde zeitnah durchgeführt.

Die Offenlage hat vom 01.09.2014 bis zum 30.09.2014 in Essen stattgefunden, die Frist für die privaten Einwendungen endete am 14.10.2014.

Nach Eingang und Bearbeitung der Synopse fand der Erörterungstermin für den PFA 5a Stadtgebiet Essen am 02. Dezember 2015 in Essen-Steele statt. Auch dieser Termin fand schon im Vorfeld in der Öffentlichkeit sowie vor Ort geringe Aufmerksamkeit, das hauptsächliche Thema war der Lärmschutz. Der Ablauf des am Mittag beendeten Termins war sachlich, die Diskussion verlief zielführend. Nach Auswertung des Wortprotokolls im 1. Quartal 2016 wurde ohne die Notwendigkeit eines Deckblattverfahrens der Anhörungsbericht gefertigt und im April 2017 an das EBA versandt.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **15** Stück)

- **Ausblick:**

Der PFA 1.3 Langenfeld war mit Abgabe des Anhörungsberichtes an das EBA für die BR Düsseldorf abgeschlossen. Mittlerweile wird das 2. Deckblatt bearbeitet.

Beim PFA 5a Essen ist der Abschlussbericht im April 2017 gefertigt worden.

Beim PFA 2.1 Düsseldorf-Reisholz-Wehrhahn hat die Offenlage ergeben, dass ca. 2150 Einwendungen abgegeben wurden.

Beim PFA 3.0 (Düsseldorf Wehrhahn/Unterrath) laufen die Erstellung der Synopse und die Vorbereitung des Erörterungstermins.

Bezüglich der ausstehenden Abschnitte im Stadtgebiet Düsseldorf und Duisburg bleibt der Eingang der Unterlagen bei der BR Düsseldorf abzuwarten. Der aktuell bekannte Sachstand für das schwierige Stadtgebiet Düsseldorf macht weiterhin deutlich, dass die auch im öffentlichen Raum bekannten Problembereiche noch detaillierte Plananpassungen erfordern, so dass weiterhin keine konkrete Zeitprognose in diesen Planfeststellungsabschnitten bei der BR Düsseldorf vorgenommen werden kann.

Das MBWSV hat seit Ende Februar 2014 im Rahmen der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksregierungen und der DB für die beiden Verfahren zwei Internetseiten gestaltet, die über die aktuellen Sachstände informieren:

- <http://www.rrx.de/index.php?id=60>
- http://www.mbwsv.nrw.de/verkehr/nahverkehr/Bus_Bahn/Planungssstand_Betuwe/index.php

gez. Busch

Verkehrsausschuss des Regionalrates Düsseldorf
Sitzung am 28.11.2017, TOP 6 (Information der Verwaltung)

Hier: Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans – Sachstand

Sprechzettel zur Sachverhaltsdarstellung

Am 10.12.2015 hat der Regionalrat Düsseldorf die Projektvorschläge für die Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans 2017 beschlossen. In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 01.12.2016 haben Vertreter des Landesverkehrsministeriums über den Verfahrensstand informiert.

Die Stadt Remscheid hatte am 02.10.2017 zwei umsteigefreie Verbindungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) – nach Düsseldorf und nach Köln nachgemeldet. Dies hat die BR Düsseldorf dem Verkehrsministerium berichtet und dem VRR mitgeteilt.

Das Verkehrsministerium teilt nun mit, dass der Vertrag zur multimodalen Landesverkehrsuntersuchung 2030 inklusive Erstellung eines ÖPNV-Bedarfsplans aufgrund unüberbrückbarer Differenzen mit dem Gutachter zum methodischen Vorgehen gekündigt worden ist. Die erneute Ausschreibung, Vergabe und Auftragsbearbeitung werden zu erheblichen Verzögerungen im Zeitablauf führen. Selbst bei optimalem Verlauf des neuen Verfahrens ist nicht vor dem Jahr 2020 mit der Fertigstellung des neuen ÖPNV-Bedarfsplans zu rechnen.

Hierdurch sollen aber dringende, wirtschaftlich sinnvolle und erforderliche Maßnahmen keine Verzögerung erfahren. Aus diesem Grund hat das Verkehrsministerium mit den Zweckverbänden eine Übergangslösung gefunden, die sich in groben Zügen wie folgt zusammenfassen lässt (vgl. Landtagsvorlage 17/258):

- Die Aufgabenträger – im Gebiet des Regionalrates Düsseldorf der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr – planen die Maßnahmen weiter, die sie für dringlich erachten.
- Nach Vorliegen einer plausiblen Kostenschätzung und eines abgestimmten Nachweises der Wirtschaftlichkeit meldet der Aufgabenträger die Maßnahme gemäß Landesplanungsgesetz über den Regionalrat für den ÖPNV-Bedarfsplan an.
- Das Verkehrsministerium legt sodann dem Verkehrsausschuss des Landtags die Maßnahme mit der Bitte um Herstellung des Einvernehmens und Aufnahme in den ÖPNV-Bedarfsplan und ggf. den Infrastrukturfinanzierungsplan vor.

Es ist geplant bis zum Beginn der Maßnahmenbewertung für den neuen ÖPNV-Bedarfsplan entsprechend zu verfahren.

Gez. Plück